

<https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/ampel-einigt-sich-im-heiz-hammer-streit-das-bedeutet-der-heiz-hammer-jetzt-fuer-84318382.bild.html> 13.6.2023

Das bedeutet der Heiz-Hammer jetzt für SIE

Die Fraktionschefs von SPD, Grünen und FDP haben sich mit Kanzler Olaf Scholz (64, SPD), Finanzminister Christian Lindner (44, FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) auf grundlegende Änderungen des GEG (Gebäude-Energie Gesetz) verständigt.

Das Heiz-Gesetz soll demnach erst bis zu vier Jahre später kommen.

War der Widerspruch zu laut? Neue „Leitplanken“ für das Heizungsgesetz

Die Fraktionschefs von SPD, Grünen und FDP haben sich mit Kanzler Olaf Scholz, Finanzminister Christian Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck auf grundlegende Änderungen des GEG (Gebäude-Energie-Gesetz) verständigt.

In Deutschland wird eine verpflichtende „Kommunale Wärmeplanung“ eingeführt, die der zentrale Bezugspunkt für verpflichtende Maßnahmen im Bestand mit entsprechenden Übergangsfristen sein wird. Sie soll bis spätestens 2028 umgesetzt werden.

Solange keine „Kommunale Wärmeplanung“ vorliegt, sollen beim Heizungstausch die Regelungen des GEG noch nicht gelten. Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme sollen die verschiedenen Optionen gleichwertig behandelt werden, „um den regionalen Unterschieden Rechnung zu tragen“. Heißt: Je nachdem welches System an Ihrem Wohnort vorzugswürdig ist, dürfen Sie entscheiden.

„Diskriminierende“ technische Anforderungen an die Heizung und die Infrastruktur sollen gestrichen werden. Das bedeutet beispielsweise: Heizungen, die mit Holz und Pellets betrieben werden, erfüllen die 65 %-Vorgabe ausnahmslos. Beim Einsatz von Holz und Pellets sind Fehlanreize zu vermeiden.

<https://www.mmnews.de/politik/200039-gasheizungsverbot-wohl-faktisch-um-jahre-verschoben> 13.6.2023

Gasheizungsverbot wohl faktisch um Jahre verschoben

Das ursprünglich geplante Verbot neuer Gasheizungen wird faktisch wohl um mehrere Jahre verschoben. Solange noch keine kommunale Wärmeplanung vorliege, sollen außerhalb von Neubaugebieten die Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beim Heizungstausch noch nicht gelten, wie aus einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionsspitzen vom Dienstagnachmittag hervorgeht. FDP-Fraktionschef Christian Dürr nannte das Jahr 2028 als Termin.

"Zuerst wird der Staat etwas machen müssen", sagte Dürr. Neue Gasheizungen müssten ab 2024 allerdings "auf Wasserstoff umrüstbar" sein. Das gelte auch für Neubauten außerhalb von Neubaugebieten.

Auch Holz- und Pelletheizungen sollen eingesetzt werden können. Die entsprechende Novelle des Gebäudeenergiegesetzes soll noch diese Woche im Bundestag in erster Lesung beraten werden, angestrebt wird nun von allen Ampel-Partnern eine Verabschiedung noch vor der Sommerpause.

Ursprünglich sollte der Einbau neuer Gas- und Ölheizungen bereits ab 1. Januar 2024 verboten werden, die Kommunen sollten ihre langfristigen Pläne erst später festlegen müssen. Das Gesetz für die kommunale Wärmeplanung soll nun auch schon zum 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Sobald ein solcher Plan vorliegt, soll der Einbau neuer Gasheizungen weiterhin erlaubt sein, allerdings unter bestimmten Bedingungen, je nachdem welche Planung die Kommune hat:

Bei einem "klimaneutralen Gasnetz" bleiben auf Wasserstoff umrüstbare Gasheizungen erlaubt, in anderen Gasnetzen nur solche Heizungen, die mit mindestens 65 Prozent Biomasse oder Wasserstoff betrieben werden.

<https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/enfiele-verhaftet/>

13.6.2023

Nigerianischer Notenbankpräsident nach seiner Anti-Bargeld-Kampagne verhaftet

[13. 06. 2023 | Der Gouverneur der nigerianischen Zentralbank wurde am 9. Juni von der neuen Regierung abgesetzt und verhaftet. Hintergrund ist die von diesem zu verantwortende drastische Begrenzung des Zugangs der Bürger zu Bargeld, die die Wirtschaft schwer geschädigt, viele Menschen ohne Bankkonto in Not gestürzt und vielen die Erwerbsmöglichkeiten geraubt hat.](#)

Wie die Washington Post [berichtet](#), wurde Godwin Emefiele, der in seinen neun Amtsjahren Nigeria zum Versuchskaninchen der Globalisten in Sachen Bargeldbeseitigung, biometrisch-digitale Identität und totale Kontrolle gemacht hat, am Samstag vom Geheimdienst verhaftet. Der neue Präsident des Landes, Bola Tinubu, hatte ihn zuvor abgesetzt.

Allerdings verschweigt die Zeitung die drastischen Bargeldbeschränkungen, die Emefiele verfügt hat, und die dadurch verursachten [wirtschaftlichen Schäden](#), oder deutet sie bestenfalls diffus an. Dafür muss man schon Nick Corbishley auf Naked Capitalism ([engl.](#)) oder diesen Blog hier lesen.

Im März hatte die Zentralbank die verfassungswidrigen Beschränkungen auf Geheiß des obersten Gerichtshofs aufgehoben. Nigeria ist die bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Nation Afrikas, wobei jedoch Wohlstand und Entwicklung extrem ungleich verteilt sind.

Laut einer Regierungserklärung steht die Verhaftung des Notenbankpräsidenten in Zusammenhang mit einer Untersuchung seiner Amtsführung in Sachen Reform des Finanzsektors. Emefiele hatte die Bargeldbeschränkungen u.a. damit begründet, dass die mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeführte digitale

Zentralbankwährung eNaira, die fast gar nicht genutzt werde, gestärkt werden solle.

Nigeria war das erste bevölkerungsreiche Land, das eine digitale Zentralbankwährung landesweit einführte. Deren Scheitern war und ist ein Rückschlag für den IWF und die Zentralbankergemeinde. Denn die Mehrheit der großen Zentralbanken arbeitet – international koordiniert von IWF, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und Weltwirtschaftsforum – an der Einführung von eDollar, eEuro, ePfund und Co.

<https://www.reuters.com/world/africa/nigeria-gdp-growth-slows-ahead-interest-rate-announcement-2023-05-24/>

<https://www.nakedcapitalism.com/2023/06/central-bank-of-nigerias-governor-who-tried-to-entrench-a-cashless-economy-has-been-suspended-and-arrested.html>

<https://test.rtde.me/inland/172615-nun-doch-firmen-von-habecks/>  
14.6.2023

Nun doch – Firmen von Habecks Staatssekretär bekamen höhere Summen aus staatlichen Förderprogrammen

Neueste Medienenthüllungen bestätigen, dass Wirtschaftsstaatssekretär Udo Philipp über einen Fonds nachweislich an Firmen beteiligt ist, die Gelder aus Bundesförderprogrammen in Millionenhöhe erhielten.

Das unter Robert Habeck geleitete Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bleibt im Mittelpunkt medialer Recherchen – derzeit vor allem mit Fokus auf die zuarbeitenden Hintergrundakteure und Angestellten. Nach den sogenannten "Graichen-Problemen" zeigen sich nun auch bei Staatssekretär Udo Philipp finanzielle Auffälligkeiten. So titelt das Hamburger Nachrichtenmagazin Spiegel in einem aktuellen Artikel (Bezahlschranke):

"Mögliche Interessenkonflikte – Neue Vorwürfe gegen Habecks  
Staatssekretär: Firmen, an denen der Wirtschaftsstaatssekretär Udo  
Philipp mittelbar beteiligt ist, erhielten Geld aus staatlichen  
Förderprogrammen. Das räumt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK)  
von Robert Habeck ein."

Philipp ist seit 2021 Staatssekretär im BMWK. Der leitende Beamte ist  
zudem unter anderem über einen Fonds namens First Momentum  
Ventures indirekt an etlichen themenbezogenen Firmen beteiligt. Fünf  
dieser Unternehmen bekamen seit Philipps Amtsantritt staatliche  
Fördergelder. Zu den nun bekanntgewordenen [Summen](#) heißt es bei  
Business Insider:

"Drei Firmen aus dem Portfolio von First Momentum Ventures erhielten  
Gelder aus Förderprogrammen, die in die Zuständigkeit des  
Wirtschaftsministeriums fallen. So gehen über 363.000 Euro an das  
Software-Startup Dive Solutions, weitere 228.000 Euro an die One.Five  
GmbH, die nachhaltige Verpackungen herstellt. Macht zusammen fast  
600.000 Euro. An insgesamt drei der Unternehmen flossen weitere fast  
770.000 Euro aus dem Forschungsministerium.".....

[https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/neue-vorwuerfe-  
wegen-fonds-investments-udo-philipp/](https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/neue-vorwuerfe-wegen-fonds-investments-udo-philipp/)

[https://www.karlsruhe-insider.de/news/traditions-schuhkette-reno-ist-  
pleite-150-filialen-werden-geschlossen-142373](https://www.karlsruhe-insider.de/news/traditions-schuhkette-reno-ist-pleite-150-filialen-werden-geschlossen-142373) 13.6.2023

Traditions-Schuhkette Reno ist pleite: 150 Filialen werden geschlossen

Besonders betroffen von der Insolvenzwellen sind vor allem  
Schuhgeschäfte. Nun hat es auch eine traditionsreiche Schuhkette  
erwischt. Reno ist pleite und muss 150 Filialen schließen. ....

Man habe das Unternehmen über Jahre „heruntergewirtschaftet“, ist auf  
der offiziellen Betriebsversammlung vom jetzigen Insolvenzverwalter zu  
hören.

Insgesamt gibt es in Deutschland noch 180 Reno-Filialen, 150 davon werden geschlossen. Bis heute haben sich keine Investoren oder andere Lösungen angeboten. So muss man diesen schweren Weg gehen. Nur 120 der 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden bei Reno eine Zukunft haben. ....

<https://www.welt.de/politik/ausland/article245850552/Klimawandel-EU-Umweltagentur-warnt-vor-sommerlichem-Extremwetter.html?icid=product animated banner.free.7> 14.6.2023

EU-Umweltagentur warnt vor sommerlichem Extremwetter in Europa

Hitze, Brände und Überschwemmungen: Die Vorhersage der europäischen Umweltagentur ist pessimistisch. Der Sommer könnte vom Klimawandel gezeichnet werden. Mit dem steigenden Risiko warnen auch deutsche Versicherer vor einem Preisanstieg bei Gebäudeversicherungen.

Europa muss sich aus Sicht der EU-Umweltagentur EEA auf klimabedingte Wetterkapriolen im Sommer vorbereiten. Der Klimawandel Sorge dafür, dass das Wetter in Europa extremer werde, betonte die in Kopenhagen ansässige Behörde am Mittwoch bei der Vorstellung eines Webportals, das unter anderem vergangene Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und [Waldbrände](#) näher unter die Lupe nimmt.

Der Ausblick sei insgesamt pessimistisch. Die Anpassung an den Klimawandel sei von entscheidender Bedeutung, unterstrichen die EEA-Experten. ....

Versicherer warnen vor teurerer Wohngebäudeversicherung

Wegen des Klimawandels warnen auch die Deutschen Versicherer vor stark steigenden Beiträgen bei der Wohngebäudeversicherung. Werden Klimaanpassungen nicht konsequent umgesetzt, könne es „allein infolge der Klimaschäden innerhalb der nächsten zehn Jahre zu einer Verdopplung der Prämien“ kommen, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Jörg

Asmussen, am Mittwoch. Betroffen wären Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, aber auch Mieterinnen und Mieter. ....